

Ein Zeichen für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung setzen



Vom 19. bis 21. Mai 2023 werden sich die führenden Politiker von sieben der bedeutendsten Industrienationen im japanischen Hiroshima zum G7 Gipfel treffen.

Der Abwurf der ersten Atombombe vor 78 Jahren auf Hiroshima war der Beginn des nuklearen Zeitalters. Seither verfügen die Politiker und Militärs einiger weniger Staaten über Waffen, bei deren Einsatz schnell die Bevölkerung der ganzen Erde betroffen wäre.

Atomwissenschaftler warnen schon seit vielen Jahrzehnten vor der Gefahr, dass mit der Existenz dieser Waffen das Überleben der Menschheit in Frage gestellt wird. Auf Ihrem Symbol, der Weltuntergangsuhr, stehen die Zeiger längst nicht mehr auf fünf vor, sondern nur noch auf 90 Sekunden vor zwölf.

Eine andere Organisation, die sich schon seit Jahrzehnten für atomare Abrüstung einsetzt, sind die Mayors for Peace, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden. Die Initiative ging von den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki aus. Auch der Bürgermeister von Friedberg und der Landrat des Wetteraukreises sind Mitglieder. Mayors for Peace sagen, dass sie im Fall eines Atombombenangriffs nichts tun könnten, um die Bevölkerung in ihren Gemeinden oder Städten zu schützen.

Beim Einsatz von Atomwaffen wird es auch nicht möglich sein, angemessene ärztliche Hilfe zu leisten, sagt IPPNW, die internationale Organisation von Ärzten und Ärztinnen zur Verhütung des Atomkriegs – Ärzte und Ärztinnen in sozialer Verantwortung.

ICAN – die internationale Kampagne zur Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen – erhielt 2017 den Friedensnobelpreis für ihre Arbeit. Seit 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft und die Aufarbeitung der Schäden an Mensch und Umwelt durch die atomare Bewaffnung hat begonnen.

Das Treffen der G7 in Hiroshima haben ICAN, Mayors for Peace, IPPNW und eine Reihe anderer Organisationen zum Anlass genommen, Kanzler Scholz einen offenen Brief zu schreiben. Er soll sich dafür einsetzen, dass in der Abschlusserklärung des Gipfels klare Schritte für die Lösung der nuklearen Bedrohung benannt werden. Und er soll dafür sorgen, dass die Regierung Schritte geht, damit Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

Diesen offenen Brief dokumentieren wir auf der nächsten Seite.

Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, den 3. Mai 2023

Offener Brief: G7-Gipfel in Hiroshima – Lösung für die nukleare Bedrohung finden!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

vom 19. bis 21. Mai 2023 werden Sie Deutschland beim Treffen der G7-Staaten an einem historisch bedeutsamen Ort vertreten: Auf Hiroshima wurde am 6. August 1945 die erste Atombombe der Menschheitsgeschichte abgeworfen. Sicherlich wird ein Gedenken an die Opfer zum Programm des Gipfels gehören.

In einer Zeit nuklearer Drohungen, der angekündigten Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus, der Aufkündigung von Rüstungskontrollabkommen und der weltweiten Aufrüstung der Arsenale aller Atomwaffenstaaten ist es wichtig, dass der G7-Gipfel ein starkes Zeichen für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung setzt.

Als Staats- und Regierungschef*innen von sieben der bedeutendsten Industrienationen der Welt stehen Sie in der Verantwortung, eine Lösung für die nukleare Bedrohung zu finden!

Wir fordern Sie auf, Ihrer Verantwortung an diesem symbolträchtigen Ort gerecht zu werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Abschlusserklärung des Gipfels von Hiroshima folgende Punkte beinhaltet:

- Stellen Sie als G7 unmissverständlich klar, dass der Einsatz und die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen unzulässig sind.
- Erkennen Sie die furchtbaren humanitären Konsequenzen für Mensch und Umwelt an, die durch Tests und Einsätze von Atomwaffen entstehen.
- Vereinbaren Sie konkrete Programme zur Kompensation des bereits entstandenen Leids.
- Drängen Sie darauf, jede Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten zu beenden.
- Machen Sie den G7-Gipfel in Hiroshima zum Startpunkt für neue Abrüstungsverhandlungen und eine deutliche Reduktion der Rolle von Atomwaffen in Ihren Sicherheitsstrategien

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, als deutsche ICAN-Partnerorganisationen bitten wir Sie dringend, sich im Sinne unseres gemeinsamen Zieles einer atomwaffenfreien Welt für diese Forderungen einzusetzen.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ist das zentrale völkerrechtliche Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Wir erwarten, dass Ihre Regierung auch die zweite AVVStaatenkonferenz im November 2023 als Beobachter begleitet und weitere Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt geht.



*Unterzeichnet von Florian Eblenkamp, ICAN Deutschland und
Belit Onay, Vizepräsident der Mayors for Peace, Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover, Lead City des Netzwerkes für Deutschland
sowie 23 weiteren Organisationen*